Bewerbungsbedingungen

zum Offenen Verfahren zur Erbringung der folgenden Dienstleistung:

*Weiterentwicklung und Wartung Elektronische Vorgangsbearbeitung und Archivierung
im BMBF (ELVA)*

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurückgeben)

Aktenzeichen:

Z17 – IT20004

Inhalt:

1	ALLGEMEINE HINWEISE ZUM VERGABEVERFAHREN.....	4
1.1	ZIELSETZUNG DIESER UNTERLAGE	4
1.2	DARSTELLUNG DES AUFTRAGSGEGENSTANDES	4
1.3	AUFTRAGGEBER	4
1.4	KONTAKTSTELLE	4
1.5	RÜCKFRAGEN	4
1.6	VERGABEVERFAHREN	5
1.7	VERFAHRENSABLAUF	5
1.8	ZUSTÄNDIGE STELLE FÜR NACHPRÜFUNGSVERFAHREN	6
1.9	ZUSTÄNDIGE STELLE FÜR SCHLICHTUNGSVERFAHREN	6
1.10	FRIST FÜR DIE EINLEGUNG VON RECHTSBEHELFFEN	6
2	ANGEBOTSABGABE	7
2.1	FORM UND FRIST DER ANGEBOOTSABGABE	7
2.2	GLIEDERUNG UND INHALT DES ANGEBOOTS	7
2.3	VOLLSTÄNDIGKEIT, ERFÜLLUNG DER VORGABEN.....	7
2.4	ÄNDERUNGEN AN DEN VERGABEUNTERLAGEN	8
2.5	VERFAHRENSSPRACHE	8
2.6	EIGENERKLÄRUNGEN	8
2.7	UNTERAUFTRAGNEHMER / EIGNUNGSLEIHE.....	8
2.8	REGELN FÜR BIETERGEMEINSCHAFTEN.....	9
2.9	AUFKLÄRUNGSPFLICHT	9
2.10	EINHEITLICHE EUROPÄISCHE EIGENERKLÄRUNG	10
3	SONSTIGE HINWEISE	10
3.1	VERTRAULICHKEIT	10
3.2	KENNZEICHNUNG VON GEHEIMNISSEN	10
3.3	EIGENTUMSÜBERGANG	10
3.4	VERTRAGSBESTANDTEILE	11
3.5	BINDEFRIST	11
3.6	KOMMUNIKATIONSVERBOT	11
3.7	UNZULÄSSIGE WETTBEWERBSBESCHRÄNKUNGEN / MITTELSTANDSKARTELLE	11
3.8	PRÜFPFLICHT DES BIETERS	11
3.9	DATENSCHUTZ.....	12
4	ANGABEN ZUR EIGNUNG	12
4.1	BEFÄHIGUNG UND ERLAUBNIS ZUR BERUFS AUSÜBUNG, § 44 VgV.....	12
4.2	ANGABEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND FINANZIELLEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT, § 45 VgV (FORMULAR-ZIFFER VIII „EIGENERKLÄRUNGEN ZUR EIGNUNG EU – BMBF“)......	13
4.3	ANGABEN ZUR TECHNISCHEN UND BERUFLICHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT, § 46 VgV (FORMULAR-ZIFFER IX „EIGENERKLÄRUNGEN ZUR EIGNUNG EU – BMBF“)......	13

5	VERTRAGSLAUFZEIT	15
6	ZUSCHLAGSKRITERIEN.....	16
6.1	UMSETZUNGSKONZEPTE	16
6.2	BEWERTUNGSMODUS – GEWICHTUNG DER KRITERIEN	16
6.3	ZUSCHLAGSKRITERIEN	16
6.4	PUNKTEVERGABE FÜR DIE QUALITÄTSKRITERIEN.....	18
6.5	PUNKTEVERGABE FÜR DAS KRITERIUM PREIS: BERECHNUNG VON PREISPUNKTEN.....	19
6.6	ERSTELLUNG DER GESAMTBEWERTUNG: ADDITION VON LEISTUNGS- UND PREISPUNKTEN	21

1 Allgemeine Hinweise zum Vergabeverfahren

1.1 Zielsetzung dieser Unterlage

Diese Unterlage ergänzt und konkretisiert die in der Vergabebekanntmachung genannten Festlegungen und Vorgaben.

Sie fasst noch einmal die Angaben und Nachweise, die ein Bieter seinem Angebot beizufügen hat, zusammen. Zudem bietet sie einen Überblick zum Ablauf des Vergabeverfahrens.

Die Bieter sind aufgefordert, die aufgeführten Vorgaben einzuhalten. Die Missachtung der Vorgaben kann zum Ausschluss des jeweiligen Bieters führen.

Sofern die vorliegenden Unterlagen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, sind mit „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bietergemeinschaften gemeint.

1.2 Darstellung des Auftragsgegenstandes

Weiterentwicklung und Wartung Elektronische Vorgangsbearbeitung und Archivierung im BMBF (ELVA)

1.3 Auftraggeber

Auftraggeber des Verfahrens ist:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

- Dienstsitz Bonn, Heinemannstraße 2, 53175 Bonn
- Dienstsitz Berlin, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

1.4 Kontaktstelle

Kontaktstelle für das Verfahren ist:

Frau Andrea Risse, Referat Z17
E-Mail: beschaffung@bmbf.bund.de

1.5 Rückfragen

Fragen zu dem Verfahren oder den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über die e-Vergabeplattform des Bundes zu stellen. Hierfür ist eine Registrierung auf der e-Vergabeplattform des Bundes erforderlich. Die Fragen und Antworten werden in anonymisierter Form über die e-Vergabeplattform an alle Bieter gesendet.

Die Bieter sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind.

Die Bieter sind gehalten, die Fragen möglichst frühzeitig zu stellen. Fragen, die die Vergabeunterlagen betreffen oder für die Erstellung des Angebotes relevant sind, sind unverzüglich, spätestens bis zum 23.01.2020, 15 Uhr (eingehend) zu stellen. Spätere Fragen sind zwar nicht ausgeschlossen, Bieter haben jedoch keinen Anspruch darauf, dass solche Fragen noch vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Angebote beantwortet werden.

Die Bieter sind gehalten, Fragen zu dem Verfahren oder den Vergabeunterlagen ausschließlich auf dem elektronischen Weg über die e-Vergabepattform des Bundes zu stellen und von jedweder anderen Form der Kontaktaufnahme abzusehen. Der Auftraggeber wird jeden Versuch der Kontaktaufnahme, der nicht auf dem elektronischen Weg über die e-Vergabepattform des Bundes erfolgt, umgehend zurückweisen.

1.6 Vergabeverfahren

Die Beschaffung erfolgt im offenen Verfahren gemäß §§ 119 Abs. 1 GWB, 15 VgV. Der Auftraggeber verfährt hierzu nach den Vorschriften des Teils 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung zur Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), ohne dass diese Vertragsbestandteile werden. Der Bieter hat einen Rechtsanspruch auf Anwendung dieser Bestimmungen.

1.7 Verfahrensablauf

Die Bieter geben auf der Grundlage der Auftragsbekanntmachung sowie der auf der Vergabepattform des Bundes zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen ihre förmlichen Angebote elektronisch über die e-Vergabepattform des Bundes ab. Voraussetzung für die elektronische Angebotsabgabe ist die Registrierung auf der e-Vergabepattform des Bundes. Alle fristgerecht abgegebenen Angebote werden entsprechend den formellen und inhaltlichen Anforderungen aus diesen Bewerbungsbedingungen auf Vollständigkeit sowie in Bezug auf den Nachweis der geforderten Eignung geprüft und anhand der in Ziffer 6 dargestellten Zuschlagskriterien bewertet.

Nach aktueller Planung soll das gegenständliche Vergabeverfahren folgendem Terminplan folgen:

- Absendung der Auftragsbekanntmachung: 08.01.2020
- Frist für Rückfragen: 23.01.2020, 15 Uhr
- Beantwortung der Fragen: 30.01.2020, 15 Uhr
- Ende der Angebotsfrist: 07.02.2020, 11 Uhr
- Bekanntgabe der beabsichtigten Zuschlagsentscheidung (Information an unterlegene Bieter gem. § 134 GWB): voraussichtlich 19.02.2020
- Zuschlagserteilung: voraussichtlich 02.03.2020
- Angebotsbindefrist: 13.04.2020

Der Auftraggeber behält sich vor, den vorstehenden Termin- und Ablaufplan bei Bedarf zu modifizieren. Über etwaige Änderungen werden alle Bieter zeitgleich über die e-Vergabeplattform des Bundes informiert. Bei der Entscheidung über Änderungen wird der Auftraggeber die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze Wettbewerb, Gleichbehandlung und Transparenz beachten.

1.8 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Villemombler Straße 76
D-53123 Bonn
Tel-Nr.: +49 (228) 9499-0
Fax-Nr.: +49 (228) 9499-163

1.9 Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabepflichtstelle im Bundesministerium für Bildung und Forschung
Heinemannstraße 2
D- 53175 Bonn
E-Mail: Z24.vergabe@bmbf.bund.de

1.10 Frist für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
Weiter wird auf die Rügeobliegenheiten gemäß § 160 Abs. 3 GWB verwiesen.

2 Angebotsabgabe

2.1 Form und Frist der Angebotsabgabe

Das Angebot ist bis zum 07.02.2020, 11 Uhr entsprechend den Anforderungen gemäß der europaweiten Auftragsbekanntmachung und dieser Bewerbungsbedingungen elektronisch über die e-Vergabepattform des Bundes in Textform nach § 126b BGB zu übermitteln.

Es wird darauf hingewiesen, dass die rechtzeitige Zustellung des Angebots im Verantwortungsbereich des Bieters liegt. Berücksichtigt werden ausschließlich Angebote, die bis zum 07.02.2020, 11 Uhr elektronisch über die e-Vergabepattform des Bundes eingegangen sind.

2.2 Gliederung und Inhalt des Angebots

Der Bieter hat seinem elektronisch eingereichten Angebot die im Formular „Checkliste Angebotsunterlagen EU - BMBF“ bezeichneten Erklärungen, Darstellungen und Unterlagen in Textform nach § 126b BGB beizufügen. Entsprechende Vordrucke können von den Bietern zusammen mit diesen Bewerbungsbedingungen von der e-Vergabepattform des Bundes heruntergeladen werden. Die betreffenden Dokumente sind – soweit vorgesehen – an der dafür vorgesehenen Stelle in Textform gemäß § 126b BGB zu unterschreiben.

Die abgefragten Konzepte, siehe auch unter Ziffer 6 „Zuschlagskriterien“, sind ebenfalls dem Angebot beizufügen.

Der Auftraggeber bittet den Bieter, sein Angebot wie folgt zu gliedern:

- Angebotsschreiben (entsprechend Formular „Angebotsschreiben EU – BMBF“),
- Eigenerklärungen zur Eignung (entsprechend Formular „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“),
- Auszug aus dem Handelsregister oder anderen Berufsregistern (Kopie),
- schriftliche Auskunft eines Kreditinstituts zum Zahlungsverhalten (Bankauskunft in Kopie),
- Konzepte – siehe hierzu nachfolgende Ziffer 6,
- Preisblatt (entsprechend Formular „Preisblatt EU – BMBF“).

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen im Angebot müssen zweifelsfrei sein.

Nebenangebote und Alternativangebote sind nicht zulässig.

2.3 Vollständigkeit, Erfüllung der Vorgaben

Das Angebot muss vollständig sein, die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten sowie sämtliche in den Vergabeunterlagen dargestellten Vorgaben erfüllen.

Unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber kann unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen (insb. Eigenerklärungen) nachfordern bzw. vervollständigen oder korrigieren lassen oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen lassen (§ 56 Abs. 2 VgV). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist gemäß § 56 Abs. 3 S. 1 VgV ausgeschlossen. Auf die Ausnahme in § 56 Abs. 3 S. 2 VgV wird hingewiesen.

Der Bieter hat sicherzustellen, dass die von ihm eingereichten Unterlagen vollständig, verständlich und eindeutig sind. Sämtliche Angebotsbestandteile müssen daher insbesondere strukturiert und eindeutig gekennzeichnet sein.

2.4 Änderungen an den Vergabeunterlagen

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

2.5 Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Sämtliche Ausarbeitungen sind in deutscher Sprache zu erarbeiten und vorzulegen. Soweit der Bieter fremdsprachige Nachweise einreicht, hat er eine amtlich anerkannte Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

2.6 Eigenerklärungen

Soweit zum Nachweis der Eignung zunächst nur Eigenerklärungen verlangt werden, behält sich der Auftraggeber vor, in angemessenem Umfang ergänzende Unterlagen zu verlangen, soweit dies nach seiner Einschätzung erforderlich erscheint.

2.7 Unterauftragnehmer / Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bieter, Unterauftragnehmer einzubeziehen, hat er den Umfang der Leistungen des Unterauftragnehmers entsprechend Ziffer II des Formulars „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“ anzugeben. Die mit dem Angebot vorzulegenden Nachweise und Erklärungen zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind – bezogen auf die für die Unterauftragnehmer vorgesehenen Leistungsbereiche – für diese Unternehmen **auf gesondertes Verlangen** des Auftraggebers zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen (z. B. Unterauftragnehmer) in Anspruch, sind die Nachweise und Erklärungen zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auch für diese Unternehmen **bereits mit dem Angebot** vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen entsprechend Ziffer III des Formulars „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“ nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Im Falle der Inanspruchnahme zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit müssen der Bieter und das in Anspruch genommene Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung entsprechend Ziffer III des Formulars „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“ abzugeben.

Der Bieter hat Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten Frist zu ersetzen.

Ist ein benanntes Unternehmen nach Einschätzung des Auftraggebers nicht geeignet, so ist der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, ein anderes, geeignetes Unternehmen zu benennen. Sofern ein Unterauftragnehmer das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt (nur bei Eignungsleihe) oder bei ihm zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen, muss der Unterauftragnehmer durch den Bieter innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten Frist ersetzt werden. Sollten hingegen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, behält sich der Auftraggeber vor, dass das Unternehmen durch den Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ersetzt wird.

2.8 Regeln für Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben die geplante Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern der Bietergemeinschaft darzustellen und einen alleinigen Ansprechpartner zu benennen.

Soweit sich aus den vorliegenden Unterlagen bzw. der Auftragsbekanntmachung nichts anderes ergibt, haben sämtliche Mitglieder einer Bietergemeinschaft die unter der nachfolgenden Ziffer 4 bezeichneten Angaben, Nachweise und Unterlagen beizubringen. Die Erklärung zur Bietergemeinschaft (Ziffer IV des Formulars „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“) haben alle Mitglieder einer Bietergemeinschaft mit dem Angebot gemeinsam abzugeben.

2.9 Aufklärungspflicht

Mit der Abgabe des Angebots verpflichten sich die Bieter, dem Auftraggeber alle für die Beurteilung des Angebots notwendigen zusätzlichen Auskünfte kurzfristig zu erteilen. Der Auftraggeber behält sich vor, Bieter vom Vergabeverfahren auszuschließen, die den angemessenen Auskunftsbegehren in diesem Sinne nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig Folge leisten.

Bei Unklarheiten über das Angebot oder die Bieter behält sich der Auftraggeber vor, diese im Rahmen von Gesprächen nach § 15 Abs. 5 VgV aufzuklären. Verhandlungen finden nicht statt. Für die Teilnahme an einem eventuellen Aufklärungsgespräch wird keine Vergütung gewährt.

2.10 Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unternehmen können als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung abgeben. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, ist die Eigenerklärung auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der Eigenerklärung genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Ziffer 2.7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

3 Sonstige Hinweise

3.1 Vertraulichkeit

Die vorliegenden Unterlagen einschließlich sämtlicher Formulare und Vertragsunterlagen sowie die darin enthaltenen Informationen und alle weiteren von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen sind vom Bieter vertraulich zu behandeln. Die betreffenden Unterlagen bzw. die in ihnen enthaltenen Informationen dürfen von dem Bieter nur für Zwecke dieses Vergabeverfahrens verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.

3.2 Kennzeichnung von Geheimnissen

Die Bieter sind aufgefordert, diejenigen Teile ihres Angebots, die ihrer Meinung nach im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, nicht Gegenstand der Akteneinsicht werden dürfen, unter Beachtung der Anforderungen gemäß § 165 Abs. 3 GWB zu kennzeichnen.

3.3 Eigentumsübergang

Die im Rahmen des Angebots von den Bietern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Für die Ausarbeitung des Angebots wird keine Vergütung gewährt.

3.4 Vertragsbestandteile

Für die Durchführung des verfahrensgegenständlichen Auftrags gelten der den Vergabeunterlagen beigefügte Vertrag und die darin genannten Vertragsbestandteile. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers und ggf. beteiligter Partner werden nicht Bestandteil des Vertrages. Es wird darauf hingewiesen, dass Angebote, die unter Beifügung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters oder seiner Partner/Unterauftragnehmer abgegeben werden, ausgeschlossen werden (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

3.5 Bindefrist

Die Bieter sind an ihr Angebot bis zum 13.04.2020 gebunden.

3.6 Kommunikationsverbot

Bieter sowie Unterauftragnehmern, Beratern oder sonstigen durch den Bieter involvierten Mitwirkenden, ist folgendes untersagt:

- die direkte oder indirekte Einflussnahme auf übergeordnete Stellen des Auftraggebers, Angestellte des Auftraggebers, beteiligte Berater, Behörden usw. in Bezug auf das Vergabeverfahren,
- die direkte oder indirekte Kommunikation mit anderen Bietern oder deren Mitwirkenden. Bieter müssen den Geheimwettbewerb wahren.

3.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen / Mittelstandskartelle

Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen sind unzulässig. Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 GWB freigestellt. Die Voraussetzungen folgen aus §§ 2, 3 GWB. Eine entsprechende Erklärung ist im Angebotschreiben (Formular „Angebotsschreiben – EU BMBF“) abzugeben.

3.8 Prüfpflicht des Bieters

Der Auftraggeber stellt den Beteiligten die Unterlagen auf der e-Vergabepattform des Bundes in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat der Bieter den Auftraggeber hierüber umgehend elektronisch über die e-Vergabepattform des Bundes zu informieren. Die Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut elektronisch zur Verfügung gestellt. Die Emp-

fänger sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen zu öffnen sind. Der Bieter ist darüber hinaus verpflichtet, die Vergabeunterlagen nach Erhalt auf Vollständigkeit zu prüfen und das Fehlen von Unterlagen/Anlagen unverzüglich und rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die e-Vergabeplattform des Bundes anzuzeigen.

Enthalten die Vergabeunterlagen oder die sonstigen im Rahmen des weiteren Verfahrens zur Verfügung gestellten Unterlagen, Auskünfte oder Informationen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, die die Angebotslegung erschweren oder beeinflussen können, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich und rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist darauf hinzuweisen. Hinweise sind ebenfalls elektronisch über die e-Vergabeplattform des Bundes zu übermitteln.

3.9 Datenschutz

Informationen zum Datenschutz sind dem beigefügten Hinweisblatt zum Datenschutz zu entnehmen.

4 Angaben zur Eignung

Zur Prüfung der Eignung wird von den Bietern die Vorlage folgender Erklärungen bzw. Dokumente erwartet. Entsprechende Formulare zu den geforderten Angaben liegen, soweit angeführt, diesen Bewerbungsbedingungen bei.

4.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, § 44 VgV

Angaben zum Bieter (Formular-Ziffern I bis VII „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“)

- Bieterbogen (entspricht Ziffer I): Der Bieter hat die Bezeichnung seines Unternehmens mit Anschrift, Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail-Adresse und Ansprechpartner/in zu nennen. Der Bieterbogen des Bieters entsprechend Formularblatt I ist von dem Bieter und ggf. allen an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen, nicht aber von den einzelnen Unterauftragnehmern auszufüllen.

- Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer II): Der Bieter hat anzugeben, für welche Leistungsbestandteile er Unterauftragnehmer einsetzen wird. Die Unterauftragnehmer, die bereits feststehen, sind unter Angabe des Leistungsbereichs und Beschreibung der Teilleistungen (Art und Umfang) mit vollständiger Firmenbezeichnung und Unternehmenssitz zu benennen.

- Verpflichtungserklärung im Rahmen der Eignungsleihe (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer III): Erklärung des sich verpflichtenden Unternehmens, dass im Falle der Zuschlagserteilung dem Bieter die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

- Erklärung der Bietergemeinschaft (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer IV): In der Erklärung sind sämtliche Konsortialpartner der Bietergemeinschaft zu benennen. Es ist anzugeben, welche Leistungsbestandteile von welchem Unternehmen erbracht

werden sollen. Dabei ist kenntlich zu machen, welchen Status (Mitglied einer Bietergemeinschaft) das jeweilige Unternehmen genießt. Die einzelnen Unternehmen sind mit vollständiger Firmenbezeichnung und Unternehmenssitz zu benennen.

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB i. V. m. § 42 VgV (entspricht Ziffer VI).
- Eigenerklärung zum Nachweis der Zuverlässigkeit trotz Vorliegens von Ausschlussgründen – Selbstreinigung nach § 125 GWB (entspricht Ziffer VII).

Zusätzlich: Auszug aus dem Handelsregister

Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder anderen Berufsregistern für den Leistungserbringer (nicht älter als sechs Monate, wobei für die Berechnung der Tag maßgeblich ist, an dem die Angebotsfrist endet), soweit die Eintragung für den jeweiligen Leistungserbringer nach den jeweils einschlägigen Rechtsnormen vorgeschrieben ist. Die Vorlage einer Fotokopie reicht aus.

4.2 Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, § 45 VgV (Formular-Ziffer VIII „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“)

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre. Sollte ein Unternehmen erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.

Zusätzlich: Bankauskunft

Vorlage einer aktuellen schriftlichen Auskunft eines Kreditinstituts zum Zahlungsverhalten des Unternehmens (nicht älter als drei Monate, wobei für die Berechnung der Tag, an dem die Angebotsfrist endet, maßgeblich ist). Die Auskunft muss erkennen lassen, wie lange die Geschäftsverbindungen zwischen dem jeweiligen Kreditinstitut und dem Unternehmen bestehen. Zudem muss die Auskunft darlegen, ob die Kundenbeziehungen zum Unternehmen ordnungsgemäß verlaufen. Die Vorlage einer Fotokopie reicht aus.

4.3 Angaben zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, § 46 VgV (Formular-Ziffer IX „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMBF“)

Zu 1.: Erklärung zur Anzahl der zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung fest angestellten Mitarbeiter/innen, die im projektrelevanten Umfeld tätig sind, sowie zur Anzahl der zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung fest angestellten Mitarbeiter/innen, die für das Projekt zur Verfügung stehen.

Zu 2.: Referenzen

Ausführliche Darstellung von Referenzen des Bieters über die Durchführung vergleichbarer Aufgaben in den letzten drei Jahren (maßgeblich für die Berechnung ist der Tag, an dem die Angebotsfrist endet).

Die entsprechenden Darstellungen müssen eine hinreichend ausführliche Beschreibung des Auftragsinhalts und des zeitlichen Auftragsumfangs in Personentagen enthalten. Anzugeben sind zudem Adresse und Telefonnummer des Ansprechpartners bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge sowie die Rolle, die der Leistungserbringer in dem jeweiligen Auftrag eingenommen hat.

Durch die Referenzen sollen folgende Gesichtspunkte nachgewiesen sein:

- Erfahrungen im Bereich der (Weiter-) Entwicklung und Wartung von Systemen zur elektronischen Vorgangsbearbeitung und elektronischen Aktenführung, jeweils mit Darstellung des Auftragsgegenstandes, Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen Auftraggeber (unter Nennung eines Ansprechpartners)

Ein Referenzauftrag kann mehrere der geforderten Gesichtspunkte abdecken. Es sind jedoch insgesamt mindestens 2 verschiedene Referenzaufträge zu benennen.

Hinweise:

Die Vorlage von Unternehmensreferenzen des Unterauftragnehmers ist zulässig, aber nicht zwingend erforderlich. Hinsichtlich einer möglichen Eignungsleihe ist Ziffer 2.7 zu beachten.

Zu 3.: Verantwortliche bzw. leitende Mitarbeiter/innen

Ausführliche Darstellung der Qualifikationen und fachbezogenen Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen verantwortlichen bzw. leitenden Mitarbeiter/innen des Bieters. Für die vorgesehenen verantwortlichen bzw. leitenden Mitarbeiter/innen müssen folgende Qualifikationen anhand der Qualifikationsprofile jeder bzw. jedes einzelnen der einzusetzenden Mitarbeiter/innen nachgewiesen werden, wobei für jede der im Folgenden genannten Qualifikationen Referenzen vorzulegen sind:

- Projektleitererfahrung für die (Weiter-) Entwicklung und Wartung einer auf Microsoft SharePoint basierenden Lösung für E-Akte und elektronische Vorgangsbearbeitung bei Bundes- und/oder Landesbehörden
(für mindestens einen/e Mitarbeiter/in mindestens je 1 Referenznachweis)

Zu 4.: Weitere Mitarbeiter/innen – Entwickler/innen (Software-Entwickler, SQL-, SharePoint oder AD-Experten, Administratoren etc.)

Ausführliche Darstellung der Qualifikationen und fachbezogenen Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen sonstigen Mitarbeiter/innen des Bieters. Für das Mitarbeiterteam müssen folgende Qualifikationen anhand der Qualifikationsprofile jeder bzw. jedes einzelnen der einzusetzenden Mitarbeiter/innen nachgewiesen werden, wobei für jede der im Folgenden genannten Qualifikationen Referenzen vorzulegen sind:

- Kompetenzen in den Bereichen Active Directory Windows Server 2012/2016, LDAP Abfrage des Verzeichnisdienstes ADS 2012/2016 und Exchange 2013/2016, insbes.:
 - mindestens 3 Jahre praktische Erfahrung beim Umgang mit Microsoft Server Systemen

- Tiefe und umfassende Kenntnisse bei der Strukturierung, Implementierung und dem Betrieb von Microsoft Active Directory
- Anbindung der AD an Sharepoint und LDAP

gültige Zertifizierung als MSCA: Windows Server 2012 oder 2016

(für mindestens einen/e Mitarbeiter/in mindestens je 1 Referenznachweis)

- Kompetenzen im Bereich Office 2013/2016 (insbes. Outlook und Word), insbes.:

- mindestens 3 Jahre praktische Erfahrung bei der Entwicklung von Office-Anwendungen für Outlook

Kompetenzen im Bereich Datenbanken (MSSQL):

Sicherungsverfahren / Hochverfügbarkeit / Langzeitarchivierung, insbes.:

- gültige Zertifizierung als MCSA: SQL Server
- mindestens 5 Jahre praktische Erfahrung mit MSSQL ab MSSQL 2008 R2
- tiefe Kenntnisse in der Bereitstellung von Failover-Lösungen und Datensicherung auf der Basis vonMSSQL

(für mindestens einen/e Mitarbeiter/in mindestens je 1 Referenznachweis)

- Kompetenzen im Bereich SharePoint ab 2010: Entwicklung, Administration, Farm-Design für verteilte Standorte, Migration von früheren Versionen, Hochverfügbarkeit, API, Search Services (ehem. FAST) und Visual Studio, insbes.:

- mindestens eine der drei folgenden gültigen Zertifizierungen:

MCSE: SharePoint *oder*

MCSE: Productivity *oder*

MCSD: SharePoint Applications

- mindestens 3 Jahre praktische Erfahrung bei der Entwicklung von SharePoint
- vertiefte Kenntnisse in der Entwicklung im .Net Framework, WPF, WCF und der Search Services
- Kenntnisse in der Entwicklung von Hochverfügbarkeitsszenarien

(für mindestens einen/e Mitarbeiter/in mindestens je 1 Referenznachweis)

Hinweis zu 2. bis 4.: Für die Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit einer Bietergemeinschaft wird die Bietergemeinschaft als Ganzes beurteilt. Es ist ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt, soweit sich aus den Festlegungen zu 2. bis 5. nichts anderes ergibt.

5 Vertragslaufzeit

Die Vertragslaufzeit ist vom 16.03.2020 bis zum 15.03.2022 vorgesehen. Es besteht die Option einer Verlängerung des Vertrages durch den Auftraggeber um zweimalig bis zu 1 Jahr.

6 Zuschlagskriterien

6.1 Umsetzungskonzepte

Zuschlagskriterien für die Beauftragung der ausgeschriebenen Leistungen sind die in der Folge abgefragten konzeptionellen Darstellungen sowie der im gesamten veranschlagte Angebotspreis.

Die Bieter sind aufgefordert, zu folgenden Leistungsbereichen Konzepte vorzulegen (Zahlenangaben in Klammern beziehen sich auf die Leistungsbeschreibung):

- Projektmanagement
- Prozessuale und Funktionale Anforderungen
- Infrastrukturelle Anforderungen

Formelle Hinweise: Die Darstellungen sind in deutscher Sprache abzufassen und sollen möglichst klar erkennen lassen, wie die Bieter die betreffenden Aufgaben im Falle der Zuschlagserteilung bewältigen werden. Die Vergabestelle bittet die Bieter, besonders darauf zu achten, eindeutige Formulierungen zu verwenden. Insbesondere muss der Bieter eindeutig zu verstehen geben, sich im Falle der Zuschlagserteilung zu den dargestellten Arbeitsschritten bzw. Verhaltensweisen zu verpflichten. Unklarheiten gehen zu Lasten des Bieters.

Die Darstellungen der Konzepte sollten jeweils (d.h. pro Konzept) einen Umfang von max. 6 DIN A4-Seiten, Schriftart Arial, Schriftgröße 11 Punkt, Zeilenabstand 1,2 nicht überschreiten. Anlagen sollten den Darstellungen nicht beigelegt werden.

6.2 Bewertungsmodus – Gewichtung der Kriterien

Die Bewertung der eingereichten Angebote erfolgt anhand der unter Ziffer 6.3 dargestellten Kriterien, Unterkriterien und deren Gewichtung.

6.3 Zuschlagskriterien

(Qualitäts-)Kriterium	Unterkriterium (UK)	Gewichtung
K1. Preis	-	30 %
K2. Qualität des Konzeptes zum Projektmanagement		25 %
UK2.1	Darstellung zur Leistungserbringung im Projektmanagement, insbesondere Darstellung, welche Methodik und welche Software	50%

	zum Projektmanagement eingesetzt werden soll	
UK2.2	Konzeption zum Einsatz entsprechend qualifizierten (Ersatz-) Personals bei Personalausfall während der Vertragslaufzeit einschließlich Darstellung, wie in diesem Fall die vereinbarungsgemäße und termingerechte Auftragsdurchführung sichergestellt wird; Darstellung zur Reaktion auf neue fachliche und/oder personelle Anforderungen während der Vertragslaufzeit in personeller Hinsicht	50%
K3. Qualität des Konzeptes zu den Prozessualen und Funktionalen Anforderungen		25%
UK3.1	Darstellung möglicher Hindernisse mit Blick auf die spätere Realisierung bei den einzelnen Anforderungen 4.2.2, 4.2.3 der Leistungsbeschreibung mit kurzer Erläuterung.	40%
UK3.2	Erläuterung der geplanten Entwicklung /Realisierung der Anforderungen 4.2.2, 4.2.3 des Leistungsverzeichnisses	40%
UK3.3	Darstellung der Planung für die Einarbeitung in das bestehende System ELVA und den dafür notwendigen zeitlichen Aufwand	20%
K4. Qualität des Konzeptes zu den Infrastrukturellen Anforderungen		20%
UK4.1	Darstellung der infrastrukturellen Voraussetzungen bei der Weiter-	35%

	entwicklung von ELVA unter Bezug auf die bestehende IT-Infrastruktur des BMBF, soweit diese Gegenstand der Ausschreibungsunterlagen ist, und insb. auf evtl. besondere Anforderungen an das System aufgrund der verteilten Standorte des BMBF (Bonn und Berlin). Sehen Sie Erweiterungsbedarf?	
UK4.2	Darstellung der technischen Umsetzung der Verfügbarkeitsanforderungen (Ziffer 4.1.1 der Leistungsbeschreibung) und der geplanten Strategie bei den angebotenen Lasttests (Ziffer 4.3 der Leistungsbeschreibung) (Auswahl der Methoden und Tools sowie des Prüfungsprogramms für die Lasttests)	65%

6.4 Punktevergabe für die Qualitätskriterien

Die Konzepte werden **in Bezug auf jedes Unterkriterium (UK)** anhand des folgenden Wertungssystems bewertet:

- 0 Punkte: Das Konzept des Bieters entspricht hinsichtlich dieses Unterkriteriums nicht den Anforderungen.
Ein Konzept wird in Bezug auf das Unterkriterium mit 0 Punkten bewertet, wenn es zwar nicht von Anforderungen der Leistungsbeschreibung abweicht, aber die unter Ziffer 6.1 und 6.3 genannten Erwartungen nicht erfüllt sind oder die Herangehensweise des Bieters inhaltlich nicht schlüssig dargestellt wurde. Dies gilt auch, wenn die Anforderungen lediglich stichpunktartig ohne weitere Ausführungen wiederholt werden.
- 1 Punkt: Das Konzept des Bieters entspricht hinsichtlich dieses Unterkriteriums nur mit erheblichen Einschränkungen den Anforderungen.
Ein Konzept wird in Bezug auf das Unterkriterium mit 1 Punkt bewertet, wenn die unter Ziffer 6.1 und 6.3 genannten Anforderungen nur mit erheblichen Einschränkungen erfüllt sind und die Herangehensweise des Bieters inhaltliche Unschärfen aufweist, das Konzept in Bezug auf das Unterkriterium also nur eine unzureichende Durchführung der Leistungen erwarten lässt.
- 2 Punkte: Das Konzept des Bieters entspricht hinsichtlich dieses Unterkriteriums mit Einschränkungen den Anforderungen.

Ein Konzept wird in Bezug auf das Unterkriterium mit 2 Punkten bewertet, wenn die unter Ziffer 6.1 und 6.3 genannten Anforderungen mit Einschränkungen erfüllt sind und die Herangehensweise des Bieters inhaltlich größtenteils schlüssig dargestellt ist sowie im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme eine zumindest ausreichende Umsetzung verspricht.

3 Punkte: Das Konzept des Bieters entspricht hinsichtlich dieses Unterkriteriums im Wesentlichen den Anforderungen.

Ein Konzept wird in Bezug auf das Unterkriterium mit 3 Punkten bewertet, wenn die unter Ziffer 6.1 und 6.3 genannten Anforderungen im Wesentlichen erfüllt sind und die Herangehensweise des Bieters inhaltlich schlüssig dargestellt ist sowie im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme lediglich mit kleinen Einschränkungen Erfolg verspricht.

4 Punkte: Das Konzept des Bieters entspricht hinsichtlich dieses Unterkriteriums vollumfänglich den Anforderungen.

Ein Konzept wird in Bezug auf das Unterkriterium mit 4 Punkten bewertet, wenn die unter Ziffer 6.1 und 6.3 genannten Anforderungen vollumfänglich erfüllt sind und die Herangehensweise des Bieters in jeder Hinsicht schlüssig dargestellt ist sowie im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme Erfolg verspricht.

5 Punkte: Das Konzept des Bieters ist hinsichtlich dieses Unterkriteriums der Zielerreichung in besonderer Weise dienlich.

Ein Konzept wird in Bezug auf das Unterkriterium mit 5 Punkten bewertet, wenn die Herangehensweise des Bieters der Zielerreichung in besonderer Weise (z.B. kreative Ideen) dienlich ist und dies in dem Konzept in jeder Hinsicht schlüssig dargestellt ist und daher eine über den Erwartungen liegende Leistungserfüllung verspricht.

Die erreichte Punktzahl wird mit der Gewichtung des jeweiligen Unterkriteriums multipliziert. Die so ermittelten Punktwerte bei den einzelnen Unterkriterien werden addiert und ergeben die Punktzahl für das jeweilige Konzept (Qualitätskriterien K2 bis K5).

Anschließend wird die so ermittelte Punktzahl mit dem Faktor 2 multipliziert. Bei jedem Konzept (Qualitätskriterium) kann ein Bieter somit maximal 10 Punkte erreichen.

6.5 Punktevergabe für das Kriterium Preis: Berechnung von Preispunkten

Der Angebotspreis ergibt sich aus

- den für Mitarbeiter/innen der Kategorien 1 bis 2 anzusetzenden Tagessätzen.

Der Angebotspreis ergibt sich aus

- den für Mitarbeiter/innen der Kategorien 1 bis 2 anzusetzenden Tagessätzen.

Er entspricht dabei dem Mittel aus für 3 Szenarien (Abruf von Leistungen über die Laufzeit hinweg gering (A1), mittel (A2) und hoch (A3)) mittels folgender Preisformel ermittelter Preise:

$$A1 = 150 \times [0,2 T_1 + 0,8 T_2]$$

$$A2 = 300 \times [0,2 T_1 + 0,8 T_2]$$

$$A3 = 450 \times [0,2 T_1 + 0,8 T_2]$$

$$\text{Angebotspreis} = (A1 + A2 + A3) : 3$$

Dabei sind:

T1 = Tagessatz für Mitarbeiter/innen der Kategorie Projektleiter/in

T2 = Tagessatz für Mitarbeiter/innen der Kategorie Entwickler/in

Die Ermittlung der Preispunktzahl erfolgt ebenfalls mit Hilfe einer Tabelle mit Wertungspunkten. Die Angebotspreise werden wie folgt in Wertungspunkte umgerechnet.

Ausgehend von allen in der Wertung verbliebenen Angeboten wird der Durchschnittspreis ermittelt. Entspricht der von einem Bieter angebotene Preis diesem Durchschnittspreis oder liegt der angebotene Preis weniger als 5 % über bzw. unter dem Durchschnittspreis, erhält der Bieter fünf Punkte. Ausgehend von dem Durchschnittspreis gliedert sich das weitere Bewertungsschema in 5 %-Schritten.

Das heißt:

Liegt der von einem Bieter angebotene Preis mindestens 5 %, aber weniger als 10 % unterhalb des Durchschnittspreises, erhält der Bieter sechs Punkte. Liegt der angebotene Preis mindestens 5 %, aber weniger als 10 % oberhalb des Durchschnittspreises, erhält der Bieter vier Punkte. Liegt der angebotene Preis mindestens 10 %, aber weniger als 15 % unterhalb des Durchschnittspreises, erhält der Bieter sieben Punkte. Liegt der angebotene Preis mindestens 10 %, aber weniger als 15 % oberhalb des Durchschnittspreises, erhält der Bieter drei Punkte, etc.

Für die Preiswertung ergibt sich das folgende Schema:

Wertungspunkte	Angebotspreis liegt ...
10	mindestens 25 % unterhalb des Durchschnittspreises
9	mindestens 20 %, aber weniger als 25 % unterhalb des Durchschnittspreises
8	mindestens 15 %, aber weniger als 20 % unterhalb des Durchschnittspreises
7	mindestens 10 %, aber weniger als 15 % unterhalb des Durchschnittspreises

6	mindestens 5 %, aber weniger als 10 % unterhalb des Durchschnittspreises
5	weniger als 5 % unterhalb bzw. oberhalb des Durchschnittspreises
4	mindestens 5 %, aber weniger als 10 % oberhalb des Durchschnittspreises
3	mindestens 10 %, aber weniger als 15 % oberhalb des Durchschnittspreises
2	mindestens 15 %, aber weniger als 20 % oberhalb des Durchschnittspreises
1	mindestens 20 %, aber weniger als 25 % oberhalb des Durchschnittspreises
0	mindestens 25 % oberhalb des Durchschnittspreises

6.6 Erstellung der Gesamtbewertung: Addition von Leistungs- und Preispunkten

In einem zweiten Schritt wird die so ermittelte Preispunktzahl dann mit dem Gewichtungsfaktor, hier 30 %, multipliziert. Analog dazu werden die Punktzahlen der Qualitätskriterien jeweils mit ihrem Gewichtungsfaktor multipliziert.

Zur Ermittlung der Gesamtpunktzahl werden die für alle Zuschlagskriterien unter Berücksichtigung ihres relativen Gewichts ermittelten Punktzahlen addiert.

Hieraus ergibt sich die folgende Formel:

$$\text{Gesamtpunkte} = (0,25 \times K2) + (0,25 \times K3) + (0,2 \times K4) + (0,3 \times \text{Preispunkte})$$

$$K2 = ((0,5 \times UK2.1) + (0,5 \times UK2.2)) \times 2$$

$$K3 = ((0,4 \times UK3.1) + (0,4 \times UK3.2) + (0,2 \times UK3.3)) \times 2$$

$$K4 = ((0,35 \times UK4.1) + (0,65 \times UK4.2)) \times 2$$

Das Angebot, das auf dieser Grundlage die höchste Gesamtpunktzahl erzielt hat, ist zugleich am wirtschaftlichsten und erhält den Zuschlag.